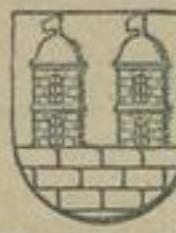


Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend



Fernruf Wilsdruff 6 / Postscheck Dresden 2640

Wochenausgabe nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Postamtsschaltern, die Woche v. 4.-10.-15. 25 Minuten, durch unsere Buchdruckerjugend in der Stadt 23 Millionen auf dem Lande 23 Millionen, durch die Post monatlich entrichtend. Alle Postanstalten und Postboten sowie andere Buchdrucker und Geschäftsmänner nehmen jederzeit Abstellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen.

Tagepreise für die 6 geblümte Raumseite 100 M., mal Wochen-Gehl 50 Pfennig (Wochen v. 4.-11.-10.-11. 24.000.000) Heimatspiele 250 M., mal Wochen-Schäfchen, amtliche Anzeigen, die 2 geblümte Seiten 200 M., mal Wochen-Schäfchen, Nachverlags-Gebühr 100 M., mal Wochen-Schäfchen. Einzelne Anzeige bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abzug anspruch erhebt, wenn der Abzug durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Rekord verfällt.

Nr. 131 — 1923 — 82. Jahrgang.

Donnerstag / Freitag 8. / 9. November

Wegen des gesetzlichen Feiertages am Freitag erscheint die nächste Nummer dieses Blattes erst am Sonnabend den 10. Nov. zur gewohnten Zeit.

Der Völkerbund.

Eine der unsinnigsten „Errungenheiten“ des großen Weltkrieges ist der „Völkerbund“, jenes Gemeinsel von Vertretern der Reihe, Staaten und Städten, die sich von Woodrow Wilson, dem Vater des Bundes, zusammentrammeln ließ, als der „Friede“ geschlossen werden sollte. Die Regelung von schwedenden Fragen mit seinen „Mitgliedern“ galt sein Werden. Die Schichtung von Streitigkeiten sein Bestehen. Der Plattenjägerstil des amerikanischen Präsidenten waren sie gefolgt, alle die Länder, die da glaubten, ihren durch die Abwürfung der europäischen Mittelstaaten vergroßerten Besitzstand nunmehr auf ewig unangetastet zu sehen. Die Toren! Als ob es einen Völkerbund jemals geben könnte! Als ob durch den „Völkerbund“, gleichviel, wie er zusammenfand, welchen Voraussetzungen er sein Dasein verdankt, sich jemals die Begriffe „Konkurrenz“, „Wettbewerb“, „Ehrgeschäft“, „Hader“, „Neid“ aus der Welt schaffen ließen! Wenn das der große Krieg noch nicht gezeigt, der wirds nie begreifen. Wo er aber noch ein leichtes Hoffnungsschön am Olimmen ließ, da sollte doch die Nachkriegsgazette den löschen Tropfen gegeben haben. Wohl gibt es unverdorrbare Friedensapostel und Andänger der großen, internationalen Friedensidee, auf den Völkerbund als Verträglicher ihrer Ziele dürft aber wohl keiner mehr zu sehen wagen. Die deutschen Sozialdemokraten haben denn auch ihre Forderung vom 12. August, nur eine Regierung zu stützen, die den Antrag zur Aufnahme in den Völkerbund stellt, nicht mehr wiederholte.

Ein geradezu vernichtendes Urteil über die Institution des Völkerbundes fällt Nitti, der ehemalige italienische Ministerpräsident. In seinem Werk „Der Niedergang Europas“ schreibt er (nach der „R. A. A.“) u. a.:

„Um die Ansprüche der Sieger zu vertreten und allen Mithräubern eine geeignete Form zu verleihen, existiert der Völkerbund mit dem Sitz in Genf. In diesem Bunde sind alle Staaten beteiligt; tatsächlich aber sind die Besiegten ausgeschlossen, da sie nicht eher aufgenommen werden können, als bis sie allen Verpflichtungen nachgekommen sind, d. h. in Wirklichkeit niemals. Andererseits arbeitet der Völkerbund, von dem sich die Vereinigten Staaten von Amerika mit ernstem Tatsohnen und politischer Würde ferngehalten haben, ausschließlich als Schuhorgane der Sieger. Grundsätzlich ist, daß die Mitglieder des Völkerbundes sich verpflichten, die territoriale Unverletzbarkeit und die gegenwärtig bestehende politische Unabhängigkeit aller an dem Bunde teilnehmenden zu achten und vor Angriffen zu schützen (Artikel 10). Also müssen sich in Wirklichkeit alle zum Bunde gehörenden Staaten für die Ungehauerschlechten verbürgen, die durch die Verträge gebeiligt sind. Eindringliches Abändern kann nicht zugelassen werden. Der Völkerbund konfrontiert auch solche Gewalttätigkeiten wie die Zersetzung Deutschlands in zwei Teile und den Danziger Korridor, den ernsthafte Polen selbst als eine moralische Ungehauerschlecht destrachten, für welche sie jedoch alle Verantwortung ablehnen, weil Polen noch nicht existierte, als der Verfailler Vertrag aufgesetzt wurde. Diese Mithräuber wurden weniger zu dem Zwecke berufen, Polen möglich zu sein, für das sie im Gegenteil eine lästige Gefahr bilden, als vielmehr um Deutschland zu beschimpfen.“

An anderer Stelle sagt Nitti:

„Die Verträge des Jahres 1919/20 haben einen gemeinen Charakter, nämlich den Geist des Hasses vereint mit der Gier, die Besiegten mittels unmöglicher Bedingungen zu vernichten; sie haben zugleich auch eine gemeinsame Haltung nach vorn hin, indem sie die Besiegten als die einzigen Schuldigen und die Sieger als die Männer des Friedens erscheinen lassen, als jene Männer, die jedem Einzelvertrag jenen Vertrag der Gesellschaft der Nationen, den sogenannten Völkerbund, vorschreiben, der vielmehr ein Dokument der Ironie ist. Denn wenn die Verträge, wie Clemenceau ausdrücklich in der französischen Kammer gesagt hat, nichts sind als eine Art, den Krieg fortzuführen, dann ist der vorangestellte Gesellschaftsvertrag weniger eine Beschimpfung der Besiegten, als eine Ironie auf den Frieden selbst.“

Der siegreichen Demokraten gebietet Nitti im Vorwort seines Buches ganz besonders: Ihnen gelten folgende Worte:

„Die siegreichen Völker suchen ihren Ruhm in denselben Dingen, die sie vor dem als Schmach gegeißelt und begehen Handlungen, die weit grausamer und sinnloser sind als alles, was angeblich während des Krieges in der Absicht des Besiegten gelegen habe. Nur eins hat sich geändert: die Erfassungen, die Vergewaltigungen, die Toten der Krieger, die Verbrechen werden im Namen der siegreichen Demokratie beklagen.“

Ob es nach diesen Äußerungen eines Mannes, der selbst im Kreise der Sieger eine hervorragende Stelle einnahm, nun immer noch „Parlementarier“ gibt, die ihrer Regierung das Einverständnis aufzunehmen in diesen „Bund“ zur Pflicht machen, kann bezweifelt werden. Selbst in Anbetracht dessen, was bei den Deutschen und ihren politischen „Künsten“ alles möglich ist . . .

„Reichs-Appell“ und — Massen-Plünderungen.

Berlin, 5. November. Die Reichsregierung, unterzeichnet vom Reichspräsidenten Ebert und dem Reichsanziger Dr. Stresemann, erlässt unter dem heutigen Tage folgenden

Appell an das Deutsche Volk:

„In schwerster Lage drohen dem Reich innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlmäßig starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungeheuerlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und vielleicht sogar die Brandstiftung des Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen.“

Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten. Sie wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Übergangs zu der neuen werbeströmenden Währung und wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Gewerbeslosigkeit, schwierigster Wirtschaftsverhältnisse und des unverhältnismäßigen Drudes hinwegkommen sollen, dann ist Voraussetzung dafür die Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern. Jede Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschland unerträgliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volke vergessen, wenn sie leben, daß es sich in einer solchen Zeit gegenständig zerstört.“

Bedenkt auch, wie eine Zersetzung im Innern auf unsere Brüder an Rhein und Ruhr wirken müßte, die im schweren Kampfe gegen bezahlte, bewaffnete Separatistische Horden ihr Deutschtum verteidigen. Sie haben das Recht, zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk ihren Kampf mit führt und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche lämpfen ohne ein Ziel, das irgend eine Aussicht auf Besserung gibt.“

Sei man sich auch klar darüber, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschwunden ist, in dem an Stelle einer verfassungsmäßigen Regierung regelnde ungesehliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird.“

Die deutsche Regierung besitzt die Mittel, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eid ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertraut seit darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.“

Plünderungen in Berlin.

Die Plünderungen im sogenannten Scheunenviertel in Berlin haben sich auch am Dienstag fortgesetzt. Es liegen darüber folgende neuere Meldungen vor:

Berlin, 6. November. Es ist aufgefallen, daß sowohl von deutschösterreichischer als auch von kommunistischer Seite eine lebhafte Strafanagitation betrieben wurde. Aus alten Teilen der Stadt liegen den Aufsichtsbehörden Meldungen vor, die besagen, daß die Hauer von rechts und links versuchen, die Plünderungen, die aus ganz andern Motiven entstanden sind, in national-kommunistisches Fahrwasser zu leiten. Minister Seizinger hat nunmehr Anweisung gegeben, der Bewegung mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten. Im Scheunenviertel wurde eine gründliche Säuberungsaktion vorgenommen, um eine Wiederholung der Vorfälle am Montag zu verhindern. Da zahlreiche Angriffe gegen Bürger jüdischen Glaubens gerichtet worden sind, hat der Kommandeur der Schutzpolizei in einem besonderen Erlass seine Beamten nachträglich angewiesen, den

Schutz allen Bürgern ohne Unterschied der Konfession angebieten zu lassen. Für den Fall, daß sich die Unruhen auch auf weitere Stadtteile ausdehnen sollten, sind besondere Verordnungen des Reichspräsidenten zu erwarten.

Annähernd 400 Personen

sind von der Berliner Polizei festgenommen worden. In vielen Fällen handelt es sich um halbwüchsige Burschen. Im ganzen sind nach den eingelaufenen Anzeigen weit über tausend Geschäfte im Laufe des Montags ausgeplündert worden. Am Dienstag vormittag wurde in der Seidelstraße ein Wölfchen-Einkaufsgeschäft von einer Anzahl Erwerbslosen mit Brechstangen und andern schweren Werkzeugen erbrochen und der Inhalt des Ladens verteilt. Das gleiche Schicksal widerfuhr einem Schneidersgeschäft in der Nähe des Spittelmarktes. Deshalb, wenn Schutzpolizei in die Nähe kam, verschwanden die Plünderer um die nächste Straßenecke. In der Seidelstraße gelang es einem einzigen Schutzmann, mit vorgetragenem Revolver einen Zug von Plünderern zum Halten zu bringen.

Auch Charlottenburg

wurde von den Plünderern stark heimgesucht. Auch dort kam es zu Ausraubungen von Geschäftsräumen, namentlich von Schlächtereien, Bäckereien und Delikatesengeschäften; auch einzelne Zigarettengeschäfte wurden ausgeraubt. In der Kanistrasse in Charlottenburg wurden sogar Privatautos auf der Straße angehalten, die Insassen herausgezerrt und ihnen die Brieftaschen genommen. Durch das scharfe Vorgehen der Polizei, die jedes Stechenbleiben und jede Ansammlung verhindert, wurden größere Ausschreitungen verhütet.

Ausschub der sächsischen Gemeindewahlen.

Die sächsische Regierung beabsichtigt, einen Gesetzentwurf an den Landtag zu bringen, durch den die auf den 18. November angelegten Gemeindewahlen bis zum Februar nächsten Jahres verschoben werden. Sollte der Landtag am Donnerstag aufgelöst werden, so will die Regierung eine Notverordnung erlassen, die das gleiche Ziel verfolgt.

Wie die „R. A. A.“ hören, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Regierung nicht mit einem Gesetzentwurf, sondern mit einer Verordnung herauskommt, die die Gemeindewahlen bis auf unbestimmte Zeit verschiebt. Auf jeden Fall kann aber damit gerechnet werden, daß die Gemeindewahlen nicht am 18. November stattfinden.

Verordnung über Geltung des Berliner Mark-Kurses.

Berlin, 5. November. Der Reichspräsident hat heute auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches folgende Verordnung erlassen:

S. 1. Bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem außerdeutschen Kurse der Mark bemessen sind, kann die Erfüllung während der Geltungsdauer dieser Verordnung verzögert werden, sofern der Befürderungsberechtigte die Annahme der Leistung auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt.

S. 2. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Auflösungstreitens dieser Verordnung.

S. 3. Die Verordnung tritt mit der Bekanntgabe in Kraft. Als Bekanntgabe gilt die Verbreitung durch das Wollfische Büro und die Veröffentlichung in der Presse.

Graf Westarp in Meißen.

Meißen, 7. November.

Gestern Dienstag hatte der Deutschnationale Verein in der Amtshauptmannschaft Meißen zu einer öffentlichen Versammlung nach dem großen Saale der „Sonne“ in Meißen eingeladen; als Redner des Abends war der weit über Deutschlands Grenzen bekannte Reichstagsabgeordnete Graf Westarp aus Berlin (Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.) gewonnen worden. Sozial Menschen wie am Dienstag abend bei der „Sonne“-Saal wohl kaum jemals beisammen gesehen. In der Haupstache hatte sich die Landwirtschaft des Bezirks eingefunden, aber auch aus anderen Kreisen, vor allem aus der Arbeiterschaft, waren Zuhörer erschienen. Der deutschnationale Führer, oft von stürmischem Beifall, leider auch von pöbelhaften Zwischenrufen unterbrochen, legte in seinem Vortrag „Über die politische Lage“ etwa folgendes dar:

Wir befinden uns noch mittler im Weltkriege, der im August 1914 seinen Anfang genommen hat. Vor wenigen Tagen haben wir einen neuen Feldzug, den Kampf an Rhein und Ruhr, verloren, weil wir den Kampf nicht als einziges Volk geführt haben. Wir Deutschnationalen sind zunächst auch für den passiven Widerstand eingetreten, haben aber erwartet, daß der passive

Kampf sich nach und nach aktiv auswachsen werde. Helden wie Schlageter haben das ganz richtig eracht. Die marxistische Presse aber hat diese Helden als Verbrecher hingestellt. Als der passive Widerstand infolge der Halsarbeit der sozialistischen Regierungsmitglieder nicht aktiv ausgestaltet wurde, mußte er in sich zusammenbrechen.

Friedrich der Große, der größte König, Feldherr und Staatmann Preußens, hat immer darauf hingewiesen: Wer zu früh das Schwert in die Scheide steckt, hat nichts getan, weil er nicht alles getan hat.

Solange marxistisch in Deutschland regiert wird, kommen wir nicht vorwärts. Alles, was Scheidemann im November 1918 dem deutschen Volke versprochen hat, hat sich als eitel Dunst erwiesen. Es ist ein Anzug, wenn die deutsche Sozialdemokratie noch immer von Böllerverständigung, Böllerversöhnung, Weltzerwaltung redet, während die ganze Welt um uns in Waffen startet!

Soll es besser werden, dann muß ohne die Sozialdemokratie regiert werden auf einer Basis, die gebildet wird von allen staatsbürglichen Deutschen. Die nationale Regierung richtet sich nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern nur gegen deren Führer, die bewußt oder unbewußt für das französisch-belgisch-englisch-amerikanische, d. h. internationale Großkonzern arbeiten.

Es ist eine Rechtswürdigkeit, wenn die marxistische Presse

immer und immer wieder die Landwirtschaft verantwortlich macht für die Zustände, wie sie sich jetzt bei uns herausgebildet haben. Es ist bewußte Verhebung, wenn es heißt: Wir hungern bei vollen Scheuern! Bereits im August d. J. hatte der deutsch-nationalen Finanzpolitiker Dr. Helfferich der Reichsregierung einen fit und fertig ausgearbeiteten Plan über die Rentenmark vorgelegt. Der Plan wurde nicht angenommen, weil er von deutsch-nationaler Seite kam. Aber eine andere neue Währung hat die Regierung bis heute nicht herausgebracht, obwohl das Währungsproblem gerade jetzt in den letzten zwei Monaten so katastrophal angegangen ist. Die Papiermark ist schon längst kein Zahlungsmittel mehr! Unsere Währung ist nichts als ein großer Schwund und Verlust.

Der Landwirt hat keine einzige größere Einnahme einmal im Jahre, nach der Getreideernte. Damit muß er die größten Ausgaben, insbesondere die furchterlichen Steuern, bis zur nächsten Ernte, also ein ganzes Jahr lang, bestreiten. Kann man daher von ihm verlangen, daß er sein Getreide auf den Markt bringt für ein Geld, von dem er nicht weiß, ob er in der nächsten Woche sich noch etwas dafür kaufen kann?

Darum heraus mit dem neuen Zahlungsmittel! Und sofort wird wieder Leben in die Nahrungsmitteldistribution kommen. Die Regierung allein in ihrer Unschlüssigkeit, ihrer falschen Rücksicht auf die Parteien ist schuld daran, daß wir noch kein neues Geld haben.

Aber mit dem neuen Geld ist es nicht allein getan! Die Regierung muß fordern: Mehr arbeiten und sparen! Bei unserer trostlosen Lage können wir nicht an dem schematischen Achtstundentag festhalten! Das bringt nur dogmatische Verbotstreit fertig!

Mit den Franzosen, die nicht Verständigung, sondern unsern staatlichen, wirtschaftlichen und völkischen Untergang wollen, muß endlich gebrochen werden! Auf alle sich daraus ergebenden Konsequenzen hin! Ich glaube nicht daran — auf Grund zuverlässiger Informationen — daß der Franzose im Halle des Bruches noch weiter in deutsches Land vordringt, insbesondere die Mainline bezieht, um den Norden vom Süden zu trennen. Aber selbst wenn er dies täte, sieht er sich schweren Gefahren aus, wenn sich ein zum Aufruhr entschlossenes, aber einiges Volk zum rücksichtslosen Freiheitskampf erhebt. Das ist auch möglich ohne die modernsten Waffen des Kriegshandwerks. Der Geist macht die Stärke einer Bewegung aus. Daher müssen wir verlangen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Und diese Wehrpflicht wird wieder kommen!

Die Deutschnationalen werden nicht ruhen, bis Deutschland wieder eine nationale Regierung hat.

Das Vaterland lebt augenblicklich schwerste, schwere Zeiten durch. Und trotzdem rufen wir in heiliger Zuversicht: Deutschland, Deutschland über alles, über alles nun erst recht!

Nationale Würdelosigkeit.

Ein mir sehr gebrüderter Stabssoffizier, der nach dem Waffenstillstand im Herbst 1918 dienstlich noch einige Zeit in Holland zu tun hatte, erzählte mir nach seiner Rückkehr in das so sehr veränderte Vaterland, wie die Holländer sich zur Frage des Waffenstillstandes und seiner Bedingungen gestellt haben. Eine Meinung herrschte vor in meiner Umgebung und bei den immerhin zahlreichen Bekannten — so berichtete mein Geschäftsmann — und diese war: Diese Bedingungen kann ein trost alledem so stolzes Reich wie Deutschland nicht annehmen und wird es nie tun! Als dann die Unterzeichnung dennoch geschehen war, wurde ich von der nämlichen Stunde an gemieden. Mit einem mißbilligenden Kopfschütteln gingen die Herren summ, fast grüßlos, an mir vorüber. „Wo habt Ihr die Würde gelassen?“ fragten einige. „Zu der Unterzeichnung konnten Deutsche sich finden?“ andere. „Ihr seid nicht mehr wert als diese Bedingungen“, äußerten manche. Und: „Wer sich so entwürdigt, verzweift seinen Anspruch auf Achtung!“ — Ich schlich mich dann bald aus Holland weg nach Hause. Die Blüte voll Machtung, voll Verständnislosigkeit, voll demütiger Geringsschätzung und spöttischen Roherumpfens werde ich aber nie vergessen. Sie werden mir mein Leid tief in der Seele sieden.

Flammen.

Roman von Hans Schule.

Hebt Graf Eidsköld seine Verlobung mit Herta Löhna auf, so erfährt er noch am gleichen Tage, an wen er die Ehre seines Namens verschwenden will.

Eine Woge von Hass, von funniger, tödlicher Erbitterung ging plötzlich durch ihre Seele, daß sie ein würgendes Schlucken zerbiß und in einem krampfhaften Zerstörungstrieb ein Blutschädel Gräber dem Boden entzog.

Sie ließ sich nicht beiseite schieben und ihre neue Zukunftszerstörung; wie kam jener Mann dazu, sich noch einmal in ihr Leben zu drängen, er, den sie längst mit ihrem letzten Gedanken überwunden hatte, der ihr nicht mehr bedeutete als ein Stein, den man mit dem Fuße von sich stößt.

Es mußte doch einen Ausweg, eine Rettung für sie geben, sie wollte nicht unterliegen, da sie schon so dicht an ihrem Ende stand.

Und wild und stürmisch, daß sie fast vor dem Anfang der eigenen Stimme erschrock, widerholte sie zweimal, dreimal mit zaudernden Lippen:

„Ich will nicht, ich will nicht, ich will nicht!“

Als Hella eine Stunde später nach dem Dorf Pahlowitz herüberkam, lag die ganze lange, unregelmäßige Zeile der Dorfstraße in sommerlicher Verlassenheit.

Rur ein paar flachhaarige Kinder tummellten sich auf dem großen Grasanger am Dorfstein, ein kleiner Kötter läßt zwischen ihnen und junge Gänse watschelten unbeholfen hinderein und redeten flügelschlagend und schreiend die Hälse.

Zuweilen blieb ein Taubenschwarm durch die blaue Luft und sank dann weich auf den hohen Giebel des neuen Schulhauses herab, das sich in seiner roten Backsteinherrlichkeit fremd und stimmungslos in die traurliche Gemütllichkeit der bemoosten alten Fachwerkhäuser drängte.

Die Nachmittagssonne stand prall auf den blinkenden Fensterläden und sah fleischend und gleichsam inspizierend in die langweilig-leeren Räume hinein.

„Fräulein Hansen, Fräulein Hansen!“

Da stand Frau Pastor Hagedorn wie ein grellgelber Gartenfleck unter den prachtvollen alten Rosenbäumen des Pfarrhofes, die mit ihren hohen Kronen das ganze Haus

Daran ward ich erinnert, als ich folgenden Abschnitt in der „M. A. A.“ dieser Tage las:

Nationale Würdelosigkeit ist leider Gottes eine Erscheinung, die bei den Deutschen häufiger als bei andern Völkerschaften auftritt und selbst durch schwere Prüfungen, wie sie uns gegenwärtig durch unsere Feinde verursacht werden, unaufhörlich dauert. Um so schärfer und unmenschlicher aber muß von den volkstümlichen Kreisen der Kampf bei uns dagegen geführt werden. Romantisch bricht jedoch nationale Würdelosigkeit immer wieder dort durch, wo Geschäftsmänner und volkstümliche Rücksichten in Widerstreit geraten. Wobei uns doch niemand glaubt, daß nationale Besinnung und Geschäftspraktik nichts miteinander zu tun hätten. Bei einem guten Willen und vorhandener Charakterfestigkeit läßt sich leicht eine Form finden, die keine von beiden Rücksichten ausschließt. Es muß eben vor allem der bewußte Wille vorhanden sein, als Deutscher sich nicht hinter das nationale Bewußtsein anderer Völker zurückstellen. Wenn nur solche „außendeutsche“ Geschäftsmacher wählen, wie verächtlich sie solche Krieger vor dem Auslande in dessen Augen erscheinen und gerade deswegen meist auch ihre geschäftlichen Angebote dementsprechend einschätzen läßt! Kein Wort der Verurteilung kann oder darf genug sein, wenn solche nationale Würdelosigkeit sich geltend macht, wo nicht einmal der Vorwand geschäftlicher Rücksichten gegeben ist. Solch ein Fall liegt uns zurzeit vor und wir nehmen keinen Anstand, ihn entsprechend an den Pranger zu stellen. Es ist auf das Sündenkonto einer Firma „Max Velwe, Erzurter Gewerbebank e. V.“ zu setzen. Dieser Herr Velwe macht sich kein nationales Gewissen daraus, einer deutschen Fürstin in Österreich ein in französischer Sprache gehaltenes langes schriftliches Angebot zu machen, in dem er Dokumente der deutschen Geschichtsliteratur, Gemälde alter deutscher Meister, Originale wertvoller deutscher Handschriften usw. zum Kauf anpreist. Aus dem Angebot ist zu entnehmen, daß es sich ausschließlich um Gegenstände von Sammlerwert handelt, die nach dem Auslande gehen zu lassen schon an und für sich wenig nationales Empfinden verleiht. So u. a. das Tagebuch der Frau L. v. Alten mit „intressanten Notizen über das Leben der Familie“, fünfzig „Eridris“ früherer deutscher Prinzen, darunter Wilhelm II. und seine Familie“, „Bismarck“ usw. Serien deutscher Kriegsgoldmedaillen, sowie auch archivische Dokumente verschiedener Art. Die wirkliche Triebfeder dieses Herrn Max Velwe ist leicht zu erraten, wenn man sieht, daß alle Preise in Dollar angezeigt sind, wobei noch hervorgehoben ist, daß das Angebot bereits vom 25. Juni d. J. datiert ist. — Nach dem von uns bereits eingangs dargelegten Standpunkt bedarf es wohl keiner weiteren Worte der Brandmarkung.“

Wann wird die Zeit kommen, in der uns die Würde, das Selbstbewußtsein, der Glaube an uns selbst, auf dem sich allein nur Hoffnung aufzubauen vermögt, zurückkehren? G.

Großbritannien, Italien und Belgien einig.

Richtlinien für die Sachverständigen.

Washington, 6. November.

Mitteilungen, die beim Finanzdepartement eingegangen sind, besagen, daß Großbritannien, Italien und Belgien eine übereinkommene zugunsten einer freien und vollen Untersuchung der Reparationsfrage durch einen Sachverständigenausschuß erzielt haben.

Aus London erfährt man zu der gleichen Frage ebenfalls, daß Großbritannien, Belgien und Italien sich geeinigt haben bezüglich der Institutionen, die den geplanten Sachverständigenausschuß, der die Reparationsfrage zu prüfen hat, erteilt werden sollen. Man glaubt auch, daß ihre Vorschläge, wonach der Ausschuß ermächtigt werden soll, im allgemeinen die Beistellungssicherheit Deutschlands zu prüfen, auch Amerika annehmbar erscheinen werden. Die britische Regierung hatte vorgeschlagen, daß der britische Wortlaut der Einladung an die Vereinigten Staaten nur in einem Punkte abändert wird und lautet soll: „Der Ausschuß prüft die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen.“ Diese Abänderung ist angenommen und in England genehmigt worden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß sie sich auch für die Vereinigten Staaten als annehmbar erweisen werde.

In London ist die Note Poincarés eingetroffen, in der er die Voraussetzungen erläutert, unter denen er der Einladung der amerikanischen Regierung zu einer neuen Repara-

tionssammlung in ihren Schuh zu nehmen scheinen, und wünschte mit der erhobenen linken Hand hastig zur Dorfstraße hinab, während sie in der rechten vorsichtig eine mächtige Aukenschüssel balanzierte.

„Ihren Eingang segne Gott!“ begrüßte sie Hella in ihrer überschwänglichen Art. „Ich war eben auf dem Wege zur Kaffeeklause. Aber nun kommen Sie erst einmal ins Haus. Mein Mann freut sich sehr auf Ihren lieben Besuch!“

Damit setzte sie die Schüssel mit geschnittenem Schwunge in die Arme einer stupsnägigen Bauerndame nieder, die in etwas ängstlich-bellommener Hilfslistung hinter ihrer hohen Herrin gesunken und die neuartige Erscheinung des freudigen Fräuleins in grenzenloser Bewunderung angestaut hatte, und zog ihren Gast in ihrer kategorischen Art in die dümmere Kühle des flickenbedeckten Haussaals.

Sie hatte zur Feier des Tages eines ihrer bekanntesten talortartigen Eigenkleider in einem lichtgelben Seldenton angelegt, der ihr in Verbindung mit ihrer bläulichen Gesichtsfarbe eine einsehige Neuanfahrt mit einem fränkischen Romanen vogel verlieh und sie neben der wundervollen Freude Hella heute doppelt alt und zureichig gemacht erscheinen ließ.

„Mein Gustav sieht es, mich zuweilen in hellen Farben zu sehen,“ sagte sie gleichsam zur Entschuldigung ihrer etwas theatralischen Gewandung. „Er meint, daß ich ihm damit die uns ja leider fehlende Jugend erscheine.“

Sie hatte kaum ausgesprochen, als sich im Hintergrunde der Diele eine Tür öffnete und die unterste Gesicht des Pfarrherrn in einer breiten Lichtbahn auftauchte.

Er trug noch das Muster des Sofafissens auf der rosig angehauchten, linsenförmigen Wangen und war offenbar soeben erst von seinem Mittagschlaf aufgestanden, aber wie immer überaus sorgfältig gekämmt und gebürstet.

„Ah, Fräulein Hansen!“ sagte er, sichtlich angenehm überrascht. „Ein sel tener Guest im Hause Hagedorn. Seien Sie mit vielmals willkommen!“

Damit nahm er Hellas Rechte in seine beiden breiten,

fleischigen Hände und schüttelte sie mit betonter Herzlichkeit.

„Wie steht es im Schloß?“ fragte er dann, als sie ihm auf dem schwarzen Ledersofa seines Arbeitszimmers unter der Figur des Thorwaldsenischen Christus gegenüber saß. „Am Sonntag werden wir ja nun zusammen Verlobung feiern: Die Baronin hat mir vorgestern noch einmal die offizielle Einladung geschickt.“

Unterprüfung zu nehmen will. Die Note, die sofort vom englischen Kabinett geprüft werden wird, enthält sicherem Vernehmen nach dieselben Bedingungen, die Poincaré bereits mündlich bekanntgegeben hat.

Washingtoner Besprechungen.

Der französische Botschafter verhandelte am Montag mit zwei Stunden mit Staatssekretär Hughes über die Reparationsfrage. Kurz nach der Konferenz bogte sich Staatssekretär Hughes nach dem Weißen Haus und erklärte Präsident Coolidge Vertrag. Man will wissen, daß der französische Botschafter in dieser Unterredung folgende vier Bedingungen für die Einberufung einer Sachverständigenkonferenz aufgestellt habe:

1. Die Kommission darf nur die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen. 2. Sie darf keine Betrachtungen über die Legalität der Aufrüstsfeindung oder die Ereignisse von Passau anstellen. 3. Sie darf sich nicht mit den Abkommen beschäftigen, die zwischen den Bevölkerungsbehörden und den Industrieunternehmen abgeschlossen wurden. 4. Frankreich ist einer Untersuchung der endgültigen Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht abgeneigt, aber nur unter der Bedingung, daß die Untersuchung mit der Diskussion der internationalen Schulden hand in hand geht.

Es sind das die gleichen Forderungen, die Poincaré bisher schon aufgestellt, und an denen von vornherein die ganze Sachverständigenkonferenz zu scheitern drohte.

Zahlungen in Mark.

Verordnungen des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat am 5. November 1923 auf Grund der Reichsverfassung folgende Verordnungen erlassen:

§ 1. Bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem anerkannten Kurs der Mark bemessen sind, kann die Erfüllung während der Geltingsdauer dieser Verordnung verweigert werden, sofern der Verpflichtungsberechtigte die Annahme der Bezahlung auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt.

§ 2. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Auflösungstreisens dieser Verordnung.

§ 3. Die Verordnung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft. Als Veröffentlichung gilt die Veröffentlichung in der Presse.

Die Verordnung will dem unverträglichen Zustand entgegen treten, daß die Warenpreise bisher ohne jede Rücksicht auf die Bewegung der wertbeständigen Zahlungsmittel (Dollar, Devisen u. a.) siebzehn auf sieben, ganz gleich, ob die Kurse der Werte nach oben oder nach unten gehen.

Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zielt in der gleichen Richtung und lautet:

Zur Bereitung der Feststellung eines gesicherten Umtauschungssatzes für die Papiermark in Goldmark wird der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, wonach jeder Bevölkerer, der Preise in Gold oder Goldanleihen berechnet, verpflichtet ist, Papiermark nach dem amtlichen Umtauschungskurse der Berliner Börse anzunehmen.

Ahnlich wurde dazu noch folgende Meldung veröffentlicht: „Der Plan für die Sicherung des kleinen Mindestumtauschungssatzes durch Einspararbeit der Papiermark in einen wertbeständigen Wert liegt dem Reichskabinett zur Beschlussfassung vor.“

Verstärkte Reichswehr in Thüringen

Unruhe in der Bevölkerung.

Noch offizielle Mitteilung sind dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Thüringen, Generalleutnant Reinhardt, der bisher dort nur über geringe Truppenkräfte verfügte, mehrere Bataillone, Batterien und Schwadronen als Verstärkung zugesetzt worden, um ihm zu ermöglichen, für die Durchführung seiner Befehlungen und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter allen Umständen zu sorgen.

Generalleutnant Reinhardt war bekanntlich nach der Revolution preußischer Kriegsminister. An der thüringisch-hessischen Grenze soll unter der Bevölkerung erhebliche Unruhe herrschen wegen der Ansammlung von Bewaffneten.

Er hatte sich bei den letzten Worten seinem Schreibstuhl zugewandt und kratzte dort unter seinen Papieren herum, so daß er die Blätter nicht bemerkte, die bei der Erwähnung der Verlobung auf einmal das Gesicht seines schönen Gegenübers überzogen.

Wie durch einen Schleier sah Hella plötzlich das Bild des gemütllichen Mannes, in dessen Lüstern noch die Nachmittagszigarette des Pastors leise nachdämmerte.

Durch die halboffene Tür ging der Blick in das Allerheiligste des Hausherrn, seine Bibliotheke, ein langgestrecktes dreiflügeliges Zimmer, in dem die doppelseitigen, hohen Bücherborden in regelmäßigen Zwischenräumen wie die Zähne eines Kammes von den Wänden abstehen, so daß man in dem freibleibenden Mittelgang gleichsam in einer Bücherallee herumspazieren konnte.

Pastor Hagedorn, der neben seinem Auf als Biennäzler auch den eines bedeutenden Geschichtsschriftstellers genannt eine kostliche Sammlung historischer Werke, vor allem aus der Geschichte des märkischen Adels, sein eigen, über deren Inhalt er sich gern in belesrenden Vorträgen zu verbreiten pflegte.

Auch heute war er sehrbold bei seinem Lieblingsthema angelangt und erzählte allerlei Anekdoten aus der Vergangenheit des Hauses Löhna, dessen Familienchronik er aus Anlaß der bevorstehenden Vermählung Hertas in leichter Zeit ausführlicher studiert hatte.

Hella, die seinem langatmigen Ausführungen mit offenkundiger Verstreutheit folgte, ließ ihre Gedanken unterdrücken, ihre eigenen traurigen Wege gehen und horchte erst interessiert auf, als der Name Graf Eidsköld in dem gleichmäßig plätschernden Strome der etwas äligen Veredelsamkeit des Pfarrherrn auftauchte.

„Ich war gestern zu einer Schulvisitation in Greifswald“, sagte er wichtig, „und wollte diese Gelegenheit ausgenutzt haben, um die Baronin zu besuchen.“

Die kanarienseidene Haushfrau erschien in diesem Augenblick in der „Külln Klause“ des Gatten, wie sie sein Studienraum genannt wurde, und meldete, daß der braune Teufel Arabiens des Gastes herengekommen sei.

(Fortsetzung folgt.)

Hus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Zeitung nehmen wir immer wieder entgegen.

Wilsdruff, 7. November.

Unterscheidungsmerkmale zwischen Dollarschahz-anweisung und Goldanleihe.

Mit der Verwendung der beiden wertbeständigen Reichsscheine als Zahlungsmittel im täglichen Verkehr haben sich sehr schnell Schwierigkeiten ergeben, weil infolge ungeeigneter Ausstattung der Anleihehüle ständig Bewertungsstörungen der beiden verschiedenen Wertarten vorkommen und zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben. Besonders der Umstand, daß aus den Süden der Goldanleihe das Wort Goldanleihe überhaupt nicht vorkommt, die Süde vielmehr wie die Dollarschahz-anweisungen mit großem Aufwand als "Schahz-anweisung des Deutschen Reiches" gekennzeichnet sind, macht die Unterscheidung für die Leute schwierig. Wir stellen deshalb nachstehend kurz einige Unterschiede zusammen:

Die Dollarschahz-anweisungen enthalten die Angabe: Gesetz vom 2. März 1923. Die Goldanleihestücke tragen dagegen den Bemerk: „ausgezeichnet auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1923“.

Die Dollarschahz-anweisungen tragen das Rückzahlungsdatum 15. April 1926. Die Goldanleihestücke tragen das Rückzahlungsdatum 2. September 1925.

Die Dollarschahz-anweisungen tragen den Rückzahlungsvermerk: „Die Staatschuldentlastungskasse . . . zahlt . . . ohne jeden Abzug den Betrag von . . .“. Die Goldanleihestücke tragen auf den kleinen Süden, die im Zahlungsverkehr vorhanden sind, demgegenüber den Bemerk: „Der Nennwert dieser Schahz-anweisung . . . wird mit einem Aufgeld von 70 vom Hundert des Nennwertes . . .“

Zwischenherrschaft über Beträge von 1/2, 1/4 und 1/8 Dollar gibt es nur für die Goldanleihe, nicht für die Dollarschahz-anweisung. Dollarschahz-anweisungen gibt es nur in Süden von 5 Dollar aufwärts, der aufgedruckte Betrag ist höher als der tatsächliche Nennwert, und zwar um 20 Prozent, also 6 statt 5, 12 statt 10 usw., da in diesem Betrag die Zinsen mitgerechnet sind.

Eisenbahnunfall. Bei dem am Montag vormittag in Richtung Rieselendorf fahrenden Güterzug entgleiste und kollidierte Bahnhof Grumbach am mit Brettern beladener Rollböschung. Die Bahnstrecke war hierdurch bis abends gelähmt und konnte dieserthalb bis zur Eingleisung des Wagens der Personenverkehr durch Umsteigen aufrechterhalten werden. Über die Ursache des Unfalls hat sich bis jetzt nichts feststellen lassen.

Zugausfall. Die Sonntagszüge 8.32 Uhr nach Postschappel und 10.30 Uhr ab Wilsdruff nach Mohorn fallen ab nächsten Sonntag weg.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Dresden hat Herr Johannes Döpfer aus Wilsdruff die Meisterprüfung als Schuster- und Ziegelbinder mit Erfolg abgelegt.

Der 9. November gesetzlicher Feiertag. Nach einem am 20. April 1922 vom sächsischen Landtag angenommenen Gesetzentwurf ist der 9. November gesetzlicher Feiertag in Sachsen. — Der Herbstfeiertag (21. November) gilt in ganz Deutschland als gesetzlicher Feiertag.

Angestelltenversicherung. Die Marken der Angestelltenversicherung sind bei der Gehaltszahlung zu liefern. Der Arbeitgeber hat die Marken aus eigenen Mitteln zu erwerben. Erhält ein Angestellter sein Gehalt im Voraus, so ist die Marke am Anfang des Monats zu verwenden, bei nachträglicher Gehaltszahlung am Monatsende. Sind am Monatsende die Tarife noch nicht festgesetzt, die Abrechnungen noch nicht fertig, oder das endgültige Monatsgehalt noch nicht festgesetzt, so muß eine Marke geliefert werden, die der Summe der tatsächlich für den Monat im Laufe des Monats gewährten Bezüge entspricht. Der Arbeitgeber darf seineswegs bis zum Abschluß des Tarifes oder der Abrechnung mit der Verwendung der Marken warten. Arbeitgeber, die nicht rechtzeitig die Marken erwerben, können bestraft werden und haben damit zu rechnen, das Rechtzeitige des Rückstandes leisten zu müssen. — Die Versicherungsordnung ist durch die Versicherungsordnung vom 26. Oktober 1923 mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 in im unbefestigten Gebiet auf monatlich 550 Milliarden Mark, im all- und neubefestigten Gebiete und in dem Gebiete, in dem besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge gelten, auf monatlich 683,3 Milliarden Mark festgesetzt worden.

Frostwarnungsdienst. In einer Zeit, in der alle Städte in Deutschland auf Erhaltung der wirtschaftlichen Werte bedacht sein müssen, ist es Pflicht, Lebensmitteltransporte nur dann zur Förderung auszugeben, wenn die Witterungsvoraussetzungen vorliegen. Die meteorologische Wissenschaft ist nach ihrem heutigen Stande in der Lage, rechtzeitige Vorhersagen auf Kältewellen ergeben zu lassen. Zu diesem Zwecke wird bei der Sächsischen Landeswetterwarte (Dresden-N., Große Reichnerstraße 15) ein Frostwarnungsdienst eingerichtet. Ein gleicher Dienst besteht bereits seit einem Jahre an der Wetterdienststelle Frankfurt a. M. Dort hatten sich im vorigen Winter allein mindestens 100 Kartoffelhandlungen den Bezug der Frostwarnungen gesichert. — Die Ausnahme unter die Bezieher der Frostvorhersagen geht auf Grund eines schriftlichen Antrages, der an die Landeswetterwarte zu richten ist. Art und Form der Warnung kann den verschiedenen Bedürfnissen angepaßt werden. Die Kosten (Telegomm- oder Telephongebühren) gehen in Kosten des Empfängers der Warnung. Außerdem wird eine monatliche mäßige Anmeldegebühr erhoben. Da die Ausgaben für das Abonnement der Frostwarnung in seinem Verhältnis zum Werte der durch Frostschaden vernichteten Güter stehen, wäre es dringend erwünscht, wenn sich weite Kreise (Börse, Industrie, Handel, Landwirtschaft usw.) des Frostwarnungsdienstes bedienen würden.

Der Leser und seine Zeitung. Der Deutsche steht in einem besonderen Verhältnis zu seiner Heimatzeitung. Er liebt sie auf seine Art, kann sie nicht entbehren, muß sich aber unbedingt immer über die seiner Ansicht nach „zu hohen“ Bezugspreise aufregen. Er tut das gewohnheitsmäßig, wie er auch über die andern hohen Preise regelmäßig schimpft, was schließlich niemand verdacht werden kann. Er bedenkt aber nicht, daß seine Heimatzeitung ihm — was kein einziger Artikel des täglichen Bedarfs ist — eine ganze Woche lang einen festen Preis hält und daß dieser Preis, gemessen an der allgemeinen Teuerung, stets noch sehr niedrig ist und nicht die Höhe erreicht, welche die Zeitung haben müßte, weil sie ihr Papier, Farbe, Tinte, Kohlen, Röls, elektrischen Strom für Licht und Kraft, Telegraphenbüros und Korrespondenzen und was sonst noch alles in Goldwährung bezahlen muß, ohne selbst Goldeinnahmen zu haben. Die Fernsprechgebühren, die Löhne, die Gehälter steigen von Woche zu Woche sprunghaft hoch. Den Zeitungen bleibt so nichts weiter

Dollar: 6. Nov.: 418950000000 - 421050000000

Dollar: 7. Nov.: 628425000000 - 631575000000

1 Goldmark: = 150000000000 Papiermark

übrig, als ebenfalls ihre Preise zu erhöhen. Wenn der Zeitungsleser weiter bedenkt, daß die Zeitungen das Bezugsgeld jedesmal auch noch beträchtlich entwertet erhalten, denn durch das Kästnerverfahren liegen sie einige Tage, in denen die Geldwertverluste ununterbrochen fortsetzen, so muß er über das in heutiger Zeit sicher untausmännische Gedanken der Zeitungen staunen. Aber die Zeitungen haben noch Ideale, sie wollen billig sein, auch in teurer Zeit, um allen Freunden die Möglichkeit zu erhalten, der alten Heimatzeitung treu bleiben zu können.

Eine Kältewelle in Sicht. Das Observatorium in Pulkovo (Moskau) meldet, daß eine große Kältewelle sich Nordost- und Mitteleuropa nähert, aus Gebieten, in denen zur Zeit leichte Witterung herrscht. — Auch in dieser Gegend hat sich trotz andauernder, zeitweilig sogar lediglich südlicher Luftströmung ein fühlbarer Rückgang der Temperatur eingestellt. Da indes wirkliche Kälte bisher noch ausgedehnt ist, hat sich ein schöner Spätherbsttag noch bis auf die jetzigen November Tage erhalten.

Über das Offenhalten der Geschäfte wird mitgeteilt, daß jeder, der Gegenstände des täglichen Bedarfs im Kleinhandel teilhaft, verpflichtet ist, seine für die Abgabe dieser Waren bestimmten Geschäftsstunden während der für Geschäfte dieser üblichen Betriebszeit zur Abgabe von Waren geöffnet halten muß (§ 11 der Verordnung des Reichsministers vom 23. 10. 23). Wer diesen Vorschriften widersprüche, werde mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Ist das wahr? Deutsche Kartoffeln auf englischen Märkten zu haben. Die „Pilsburger Gazette Times“ teilt mit: Tausende von Tonnen deutscher Kartoffeln sind auf den englischen Markt geworfen worden und verursachen den englischen Pfanzern schwere Verluste. Der Preis für Kartoffeln ist auf ungefähr 21,5 Dollar per Tonne herabgedrückt worden, während die englischen Pfanzern sagen, daß sie Geld verlieren, wenn sie die Tonne unter 30 Dollar verkaufen. Eine Vereinigung der Pfanzern wird versuchen, ein Gesetz durchzubringen, das die Kartoffel-einfuhr verbietet, wenn der englische Markt stabil ist. — Es erwartet sich, dieser Zeitungsmeldung auch nur ein Wort hinzuzufügen, denn sie spricht Bände für sich.

Aus der Landeshauptstadt.

Dresden, 7. November.

Eröffnung der Tierarzneimittel-Abteilung der Hof-Apotheke Dresden. Der schon früher von uns erwähnte Erweiterungsbau der Dresdner Hof-Apotheke am Georgentor, „Veterinär-medizinische Apotheke“ (Tierarzneimittel-Abt.), ist nunmehr beendet und dem Verkehr übergeben worden. Die Anlage ist äußerst zweckmäßig durchgeführt, indem sich die nunmehr dritte Abteilung dieser Apotheke organisch den beiden anderen Abteilungen anschlägt. Die Apotheke vereinigt in einem Organismus drei wiederum als selbständige Apotheken arbeitende Apotheken mit entsprechenden allopathischen, homöopathischen, determinär-medizinischen und wissenschaftlichen Laboratorien, in denen jeweils eigens für diese Betriebe vorgeduldete, staatlich approbierte Apotheker mit den nötigen Hilfskräften beschäftigt sind.

Das wertbeständige Notgeld der Händelskammer Dresden ist nun bereits in größeren Mengen in Verkehr gelangt, so daß die Geschäftswelt damit rechnen muß, daß es öfters vom Publikum in Zahlung gegeben wird. Die Zurückweisung dieses Zahlungsmittels würde nicht nur größte Beunruhigung hervorrufen, da die Arbeiterschaft bereits teilweise damit entlohnt worden ist, sondern widerstreicht auch dem eigenen Interesse der Kaufleute. Da das angegebene Notgeld stets in voller Höhe in Goldanleihe geleistet ist und auch nach der Aufrufung, die spätestens am 15. Dezember d. J. erfolgt, zum Nennwert in Goldanleihe oder anderen wertbeständigen Zahlungsmitteln eingelöst wird, erhält der Geschäftsmann mit ihm ein Zahlungsmittel, das der Goldanleihe gänzlich gleichwertig und somit wertbeständig ist. Eine anderweitige Verwendung der eingezahlten Goldanleihe, die den Wert des Notgeldes beeinträchtigen könnte, ist dadurch ausgeschlossen, daß der eingezahlte Goldanleihebetrag bei der Reichsbank zugunsten des Reichsfinanzministers gesperrt und somit der Verfügung der Kommerz oder Dritter gänzlich entzogen ist. Alles Risiko, das mit der Annahme von Papiermark verbunden ist, fällt hier demnach weg. Die bereits von Papiermark verbundenen geübte Praxis, bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln einen Preisabschlag zu gewähren, der dem in den Preis einschlüssigen Papiermarkentwertungsfaktor entspricht, ist daher sehr berechtigt und begrüßenswert. Es sei allerdings bei dieser Gelegenheit hervorgehoben, daß die Zurückweisung von Papiermark unzulässig und strafbar ist. Da nunmehr auch von Reichs wegen die Preisstellung und -auszeichnung in Goldmark genommen worden ist, hat die Zahlung in dem auf runde Goldpfennig- und Goldmarkwerte lautenden Kammernotgeld den Vorteil, daß das ganze zeitrouhende und schwierige Umrechnungsverfahren wegfällt. Ist der Preis noch in Papiermark ausgebracht, so erfolgt die Inzahlungnahme zu dem Goldmarkkurs, der sich aus der letzten amtlichen Berliner Goldanleiheemission errechnet. In Zweifelsfällen gibt die Handelskammer telefonisch oder mündlich bereitwillig Auskunft. Die von der Kommerz ausgelegte Notgeldserie ist noch nicht erschöpft, so daß Bevölkerung von Goldanleihe immer noch die Möglichkeit haben, zu den bekanntgegebenen Bedingungen wertbeständiges Notgeld zu erwerben. Da bereits sehr großer Mangel an Papiermarkscheinen besteht und in den nächsten Tagen mit dem Druck von Papiermark endgültig aufgehört wird, jedoch das wertbeständige Reichsgeld voraussichtlich nicht sofort in den nötigen Mengen zur Verfügung stehen wird, empfiehlt es sich vor allem für die Besitzer größerer Goldanleihestücke (die für den Zahlungsverkehr im Kleinhandel und zur Entlohnung von Arbeitnehmern nicht verwendbar sind), sich noch rechtzeitig, solange der Vorrat der Kommerz reicht, wertbeständiges Kammernotgeld zu sichern. Da ferner die Kommerz die Möglichkeit hat, selbst Goldanleihe zur Notgeldbedeckung zu beschaffen, kann Notgeld auch gegen Einzahlung von Devisen und Dollarschahz-anweisungen ausgetauscht werden. Die Beschaffung der Goldanleihe erfolgt dann für Rechnung der Einzahler. Besonders sei hervorgehoben, daß dieses Geld bei allen Girosäulen in Sachsen, also auch in den kleinsten Orten Sachsen, einlösbar und dadurch in ganz Sachsen umlaufsfähig ist. Außerdem umfaßt das eigene Bereich der Handelskammer Dresden, für den das Geld in erster Reihe ausgegeben wird, nicht, wie vielleicht irrtümlich angenommen wird, nur die Stadt Dresden, sondern außer der ganzen Kreishauptmannschaft Dresden die Amtshauptmannschaft Grimma und Oschatz. Die Reichs- und Staatsbehörden haben sich bereit erklärt, das Kammernotgeld bei in Goldmark zu leistenden Zahlungen zum Nennwert anzunehmen. Eine Gejahr, daß gefälschte Scheine in Umlauf kommen, besteht nicht,

da die Scheine auf geschütztem Wasserzeichenpapier in einem Verfahren hergestellt worden sind, das eine auch nur annähernd ähnliche Nachahmung ausschließt. Die Stücke lauten über 10 Goldpfennige (blaugrau), 50 Goldpfennige (braun), 1 Goldmark (oliv), 2 Goldmark (violett). Eine Bekanntmachung mit der genauen Beschreibung der Scheine folgt noch.

Aus dem Freistaat Sachsen.

Die Deutschen Nationalen Sachsen zur Lage. Zu den politischen Vorgängen der letzten Tage gibt die Deutschen Nationalen Parteileitung in Sachsen folgende Erklärung ab: „Die grundlegende Einstellung unserer Partei gegen die Sozialdemokratie hat ihre volle Rechtfertigung durch den erneuten Zusammenbruch der großen Koalition gefunden; es gibt eben keine Brücke zwischen Marxismus und vaterländischer Staatsauffassung. Um das von Anfang an brüderliche zweite Kabinett Stresemann zu halten, ist Sachsen nutzlos zum Opfer gebracht worden. Zwei Tage fortbestand des Reichskabinetts mußten erlaufen werden durch eine neuartige Aderlassung der Regierungsgewalt in Sachsen an die Sozialdemokratie. Für diese Preisgabe staatsbürglicher Belange haben auf höheren Befehl der Reichskommissar sowohl wie die bürgerlichen Parteien der Mitte nur zu bereitwillig Hilfsdienste geleistet. Der Deutschen Nationalen Volkspartei, die sich als einzige den entgegengesetzten, wurde vom Sprecher der Deutschen Volkspartei im Landtag der Vorwurf widerlichen Komödienspiels gemacht. Wir fragen, ob es nicht eher eine widerliche Komödie genannt werden muß, wenn eine Partei in der Nacht zum Mittwoch die Wiederkehr einer sozialistischen Regierung ermöglicht und am Donnerstag derselben Woche zum Zwecke der Befreiung dieser Regierung den Antrag auf Landtagsauflösung stellt. Trotz allem: Uns ist die Zeit zu ernst für parteipolitische Auseinandersetzung zwischen Kreisen, die zusammengehören. Wir halten es für das Gebot der Stunde, zu erklären: Obwohl in Dresden bei Bildung der Gemeinschaftsliste für die Stadtvorbernewahl Deutsche Volkspartei sowohl wie Demokratische Partei uns ausgeschaltet haben, obwohl uns dieselben bürgerlichen Parteien im Landtag bei den Verhandlungen, die sie zur Wiederaufrichtung der sozialistischen Herrschaft führten, ausgeschaltet haben, sind wir bereit, mit all denen in eine Front zu treten, die nun endlich den Mut aufbringen, der Sozialdemokratie abzusagen und im Bewußtsein eigener Kraft die Regierungsgewalt in staatsbürgliche Hände zu legen.“

Reichen, (Künstlerisches Notgeld.) Abweichend von dem üblichen, nicht immer künstlerisch gestalteten Notgeld, das uns möglich zu Gesicht kommt, hat die Meissner Amtshauptmannschaft zwei Geldscheine ganz eigener Art herausgegeben. Die Entwürfe dazu stammen von dem Schöpfer des Meissner Vorzettelbildes Herrn Börrner. Auf einem der Scheine, der über 100 Milliarden Mark lautet, sieht man auf blau-blauem Untergrund zwei Kinder, Land und Stadt darstellend, wie erstere dem zweiten aus einem Beutel die Nahrung in den Schoß schüttet; rechts und links davon zwei Getreidegarben. Die Wertbezeichnung ist, um das Bild nicht zu stören, seitlich auf einem besonderen Abschnitt untergebracht. Ein zweiter goldgelber Schein über 20 Milliarden zeigt uns eine Bauernfrau mit Getreideörtern in einer Schüssel, umgeben von hungrigen Spänen. Rechts und links davon zwei Sichel, die Symbole der ländlichen Arbeit. Bei der künstlerischen Gestaltung ist der Holzschnittcharakter gewählt worden, der der ländlichen Eigentümlichkeit entspricht. Beide Kunstdräger dürften zu einem erheblichen Teil von Sammlerhänden festgehalten werden.

Stollberg. Die Einverleibung der Landgemeinde Hohenwitz und des Gutsbezirks Hohenwitz nach der Stadt Stollberg wird in wenigen Tagen Wirklichkeit werden. Die Einzemeindung der Landgemeinde ist bereits genehmigt.

Leipzig. Das Leipziger Bormundschaftsgericht hat jüngst in einer Klage entschieden, daß die Stadt Leipzig nicht berechtigt sei, Stadtanleihe, die in Goldmark eingezahlt sei, in entwerteter Papiermark zurückzuzahlen. Es müsse entweder der Geldwert gezahlt werden oder dem Anleihegläubiger für das gelündigte Stück ein gleichwertiges ungelandigtes Stück gegeben werden.

Neueste Meldungen.

Abschiebung der Sonderbündler aus Bonn.

Bonn, 6. November. Die seit vorvergangener Nacht im Gewerkschaftshaus und im Dreikaisersaal untergebrachte gewesenen etwa 200 Sonderbündler wurden heute nach abgezogen. Gestern durchzogen sie mit umgezäumten Revolvern die Straßen der Stadt und forderten das Publikum zum Weitergehen auf und nahmen auch einige Verhaftungen vor. Darauf wurden sie von der französischen Besatzungsbehörde entwaffnet und abgezogen. Im Rathaus sitzt noch eine Anzahl Sonderbündler.

Negierungserklärung in Sachsen.

Dresden, 6. November. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages gab der neu gewählte Ministerpräsident Hirsch folgende Regierungserklärung ab: Die Regierung, die in schwerster Zeit der Not von Volk und Land ihr verantwortungsvolles Amt antritt, wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und die Verfassung zu schützen. Jeder Versuch, die Verfassung zu verleugnen, von wo er auch kommen möge, sprengt das soziale Geschehen eines Landes, zerstört seine Kraft und vernichtet seine wirtschaftliche und kulturelle Fruchtbarkeit.

Die Düsseldorfer Verhandlungen.

Paris, 6. November. Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der Kontrollkommission und den Ruhrindustriellen stattgefunden haben. Stimmen war nicht anwesend, dagegen am ersten mal Thyssen. Ein neuer Vertragsentwurf sei abgefaßt worden. Dieser Vertragsentwurf werde allen übrigen Industriellen unterbreitet werden. Eine neue Volksversammlung wird erst am kommenden Montag stattfinden.

Englische Strafeude an Frankreich.

London, 6. November. In einem Leitartikel schreibt die „Times“, die mutige Allianz, die von den Engländern unternommen wurde, um den separatistischen Unruhen in ihrer Überlandzone ein Ende zu bereiten, siehe augenscheinlich in Gefahr, durch französische Drud vereitelt zu werden. Die Engländer verdienten die Glückwünsche der zivilisierten Welt für ihre energische Haltung, die sie Ende der Woche eingenommen, da sie wenigstens endgültig die Unfreiheit des separatistischen Abenteuers entstellt hätten. Es sei allgemein klar, daß, wenn die Franzosen ebenso entschlossen wie die Engländer die Grundzüge strenger Neutralität beobachten würden, der bewaffnete Angriff durch vermehrte Marodure auf Städte und Dörfer im besetzten Gebiet an einem Tage erledigt werden könnte.

